

---

## **WP-3-1 – Ende**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Gegenstand: WP-3 Grundsteuerreform (Wohnungspolitik)

---

## **ÄNDERUNGSANTRAG WP-3-1 – ENDE**

- 1 1) Die Ausgestaltung einer Grundsteuer als faire und transparente Besteuerung von Werten  
2 und Vermögen ist sinnvoll und richtig und muss von Bund und Ländern auf der Grundlage  
3 der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zügig auf den Weg gebracht werden.
- 4 2) Die Ausgestaltung einer Grundsteuer sollte sich an folgenden Kriterien orientieren:
  - 5 – Die bisherige Einnahmehasis für die Kommunen muss erhalten bleiben, denn diese sind  
6 auf diese Einnahmen angewiesen, um wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge z.B. für Bil-  
7 dung, Betreuung und Kultur – aber auch der Infrastruktur für Verkehr, bezahlbares Wohnen  
8 oder der Freizeit und Umwelt finanzieren zu können.
  - 9 – Die Besteuerungsfaktoren sollen sozial gewichtet werden. Eine Substitution, die zu einer  
10 stärkeren Belastung von Arbeitseinkommen z.B. bei der Einkommensteuer führt oder einer  
11 stärkeren Erhöhung der Umsatzsteuer, die wiederum niedrigere Einkommensschichten –  
12 inklusive der Transferleistungsbezieher\*innen überproportional belastet, lehnen wir ab.  
13 Auch soll geprüft werden, inwieweit eine Umlage auf Mieterinnen und Mieter vermieden  
14 werden kann.
  - 15 – Es sollen verwaltungseinfache und schnell umsetzbare Besteuerungsfaktoren einge-  
16 führt werden, die gewährleisten, dass die Zeiträume und die Kriterien, die das Bundesver-  
17 fassungsgericht gesetzt hat, rechtssicher eingehalten werden.
  - 18 – Es soll sichergestellt werden, dass im Sinne effizienter Bodennutzung und ökologischer  
19 Anforderungen ein wirksamer Beitrag gegen Flächenverbrauch geleistet wird.
  - 20 – Unverdientes Einkommen soll abgeschöpft, Bodenspekulation begrenzt. eine soziale  
21 und ökologische Stadtentwicklung unterstützt und neuer Spielraum für eine kommunale  
22 Boden- und Wohnungspolitik für mehr bezahlbaren Wohnraum eröffnet werden.
- 23 3) Wir fordern die Finanzminister\*innen von Bund und Ländern auf, endlich ihre seit Jah-  
24 ren bekannten Hausaufgaben zu erledigen. Sie müssen endlich eine wirklichkeitsnahe Be-  
25 wertung der Immobilien und Grundstücke vornehmen bzw. die vorhandenen Instrumente

26 zusammen führen. In NRW liegt mit BORIS ein auch von Gutachtern akzeptiertes Bewer-  
27 tungssystem für Grundstücke vor. Diese Aufgabe ist auch erforderlich, um die Erbschaft-  
28 steuer weiter zu erhalten und eine Vermögensteuer zu ermöglichen. Das Verhalten von  
29 Finanzminister Lienenkämper, der alles auf die lange Bank schiebt, legt den Verdacht na-  
30 he, dass er bewusst jede Form der Vermögenbesteuerung aus Klientelinteresse behindern  
31 und damit nicht nur den Kommunen die finanzielle Handlungsfähigkeit nehmen will.

32 4) Bund und Länder müssen jetzt zügig die Einnahmehasis der Kommunen sichern. Dazu ist  
33 kurzfristig ein Umsetzungsfahrplan zur Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtes  
34 zur erstellen und umzusetzen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **Antragsteller\*innen**

Landesvorstand